



Niederschrift

über den öffentlichen Teil der 20. Sitzung des Ausschusses für Kultur,
Soziales und Integration der Stadt Eberswalde
am 06.09.2016, 18:15 Uhr,
im Bürgerbildungszentrum Amadeu Antonio, Saal, Puschkinstraße 13, 16225
Eberswalde

TAGESORDNUNG

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit
3. Beschlussfassung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift der 19. Sitzung des Ausschusses für Kultur, Soziales und Integration der Stadt Eberswalde vom.07.06.2016
4. Feststellung der Tagesordnung
5. Informationen des Vorsitzenden
6. Einwohnerfragestunde
7. Informationen aus der Stadtverwaltung
 - 7.1. Information und Diskussion zur Tätigkeit des Arbeitslosenservices
 - 7.2. Information und Diskussion zur Situation im Museumsdepot
 - 7.3. Information zur Umsetzung des Ausstellungsprojektes "Mythos Europa"
 - 7.4. Information zur "Empfehlung zur Evaluierung der Kulturkonzeption für Eberswalde 2009" vom Kulturbeirat
8. Informationsvorlagen
9. Anfragen, Anregungen u. Informationen von Fraktionen, Stadtverordneten

u.sachk.Einwohnern sowie im Rahmen ihrer Zuständigkeit v.Ortsvorstehern/innen,
d.Vorsitzenden d.Beiräte gem.Hauptsatzung, dem/der Vorsitzenden d.KJP
u.d.Beauftragten gem.Hauptsatzung

9.1. Anfrage Ausstellung "Mythos Europa"

Vorlage: AF/0047/2016

10. Diskussion zum "Maßnahmenpapier zur Teilhabe von Flüchtlingen ...", einschließlich der
Anfrage AF/0038/2016 von der Fraktion Alternatives Wählerbündnis Eberswalde und der
Anfrage der SPD-Fraktion

11. Beschlussvorlagen (Beratung und Beschlussfassung)

Förderung des Tafelladens / Suppenküche "Herbstprogramm"

11.1. Vorlage: BV/0348/2016

02.2 - Dezernat II

TOP 1

Begrüßung und Eröffnung der Sitzung

Herr Wolff eröffnet um 18:15 Uhr die 20. Sitzung des Ausschusses für Kultur, Soziales und Integration. Zu Beginn der Sitzung sind 9 stimmberechtigte Ausschussmitglieder anwesend.

TOP 2

Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit

Herr Wolff stellt fest, dass zur 1. Sitzung nach der Sommerpause form- und fristgerecht geladen wurde und der Ausschuss beschlussfähig ist.

TOP 3

Beschlussfassung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift der 19. Sitzung des Ausschusses für Kultur, Soziales und Integration der Stadt Eberswalde vom.07.06.2016

Es liegen keine schriftlichen oder mündlichen Einwendungen gegen die Niederschrift vor.
Herr Wolff lässt zur Niederschrift vom 07.06.2016 abstimmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

TOP 4

Feststellung der Tagesordnung

Herr Wolff stellt fest, dass es keine Einwendungen zur Tagesordnung gibt und lässt dazu abstimmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

TOP 5

Informationen des Vorsitzenden

Herr Wolff informiert über folgende Themen:

- Bürgerdialog am 04.10.2016 in der Temporären Kunsthalle, Brunnenstraße 26 a zum Thema „Flüchtlinge und Fluchtursachen: Was unternimmt die EU und was haben wir damit zu tun?“ **(Anlage 2)**
- bittet um Diskussion zum TOP „Mythos Europa“, ob der Ausschuss wegen des Bürgerdialogs am 04.10.2016 verlegt (auf einen anderen Tag) oder nach dem Bürgerdialog tagen oder im Oktober ausfallen soll
- leitet zur Zeit 2 Ausschüsse, den AKSI und den ABPU und erläutert dies dahingehend, dass die Begründung in der personellen Struktur der Fraktion liegt und voraussichtlich bis spätestens Ende des Jahres so sein wird, bis sich eine andere personelle Lösung findet
- gibt bekannt, dass folgende Gäste zu den einzelnen TOP informieren werden und beantragt für diese Personen das Rederecht:

1. Herr Carsten Zinn zum Thema Familienzentrum
2. Frau Maria Lauft zum Thema Familienzentrum
3. Frau Kerstin Mustafic zum TOP 7.1. Arbeitslosenservices
4. Herr Hartwin Schulz zum TOP 11.1. Förderung des Tafelladens/Suppenküche

Abstimmungsergebnis:

Dem Rederecht wurde für alle vier Personen einstimmig zugestimmt.

Herr Ortel kommt um 18:20 Uhr. Somit sind alle 10 stimmberechtigten Ausschussmitglieder anwesend.

TOP 6

Einwohnerfragestunde

Es gibt weder schriftliche Anfragen von Einwohnern noch werden mündliche Anfragen vorge-
tragen.

TOP 7

Informationen aus der Stadtverwaltung

Herr Gatzlaff:

- zeigt ein Bild von einem Holzsitzstapel und erläutert dazu, dass diese Arbeit im Familien-garten durch Flüchtlinge entstanden ist und spricht in diesem Zusammenhang seinen Dank an Herrn Schmiedel aus, der sich sehr für die Arbeit mit Flüchtlingen engagiert
- informiert über Veranstaltungen, die in den letzten Wochen und Monaten durchgeführt wurden und die noch künftig in Eberswalde stattfinden
- berichtet von der Veranstaltung „Wo bitte geht's zum Arzt?“, die am 13.06.2016 im Paul-Wunderlich-Haus von der Friedrich-Naumann-Stiftung organisiert wurde
- informiert auch über einen gemeinsamen Besuch mit Frau Bunge im Sozialkaufhaus „Speicher“ im Leibnizviertel, wo man gemeinsam einen Weg fand, diese Einrichtung bekanntzumachen – der Druck von Flyern dazu wurde durch die Stadt finanziert und über das Amtsblatt an alle Haushalte verteilt

- gibt bekannt, dass ein Antrag der Fraktion Alternatives Wählerbündnis vorliegt, in dem es um den Erhalt des Familienzentrums geht und der zusätzlich in die Tagesordnung des ABJS am 08.09.2016 aufgenommen wurde
- meint, dass nach der Auffassung des ABJS-Vorsitzenden und seiner eigenen Auffassung für die Bearbeitung dieses Antrages der AKSI zuständig wäre und sagt, dass das Familienzentrum Unterlagen zur Darstellung der eigenen Arbeit übersandt hat, die den Ausschussmitgliedern auf den Tisch gelegt wurden
- informiert dazu, dass die Stadt dem Träger des Familienzentrum am 10.06.2015 die Auflage erteilt hat, bis zum 01.01.2017 die Barrierefreiheit für diese Einrichtung herzustellen; gegen diese Auflage wurde kein Widerspruch erhoben; am 03.05.2016 hat Frau Bunge vor Ort mit dem Familienzentrum ein Gespräch geführt und am 04.05.2016 wurde ein Zuwendungsbescheid für 3.500 € mit der erneuten Auflage zur Herstellung der Barrierefreiheit erlassen (wieder kein Widerspruch des Trägers)
- bedauert, dass bis zum heutigen Tag keine offizielle Information vorlag, dass das Familienzentrum schließen wird und dass vereinbarte Termine für ein gemeinsames Gespräch nicht eingehalten wurden
- hätte erwartet, dass der Träger sich mit der Stadt in Verbindung setzt, wenn er Probleme bei der Umsetzung der Barrierefreiheit hat
- sagt, dass die Stadt eine Übergangsfrist einräumt, um den Zeitraum bis zur Umsetzung der Auflage zu verlängern, wenn es nötig ist
- unterbreitet den folgenden Vorschlag, dass die Stadt zunächst den Kontakt zum Träger sucht und Hilfe anbietet und im nächsten Sozialausschuss darüber diskutiert werden kann, weil das Familienzentrum sich nicht nur an Kinder und Jugendliche richtet, sondern auch gerade für SeniorInnen Angebote enthält
- informiert weiter zu einer Änderung im Integrationsgesetz, wonach es eine neue Wohnsitzregelung gibt, in dem Geflüchtete vom Bund auf die Länder verteilt werden und in Zukunft dort 3 Jahre bleiben müssen, es sei denn, sie beginnen eine Ausbildung oder sind anderweitig versicherungspflichtig beschäftigt; die Länder können ihnen dann in den 3 Jahren einen konkreten Wohnsitz zuweisen
- erklärt zum Thema FinE-Abrechnung, dass von Seiten des Kulturamtes eine ordnungsgemäße Auflistung aller Ausgaben für das FinE versäumt wurde, so dass die geplante Summe von 80.000 € mit 20.000 € erheblich überschritten wurde
- entschuldigt sich für seine Mitarbeiter/innen und bedauert es, dass dieser Fehler geschehen ist, kann ihn aber nicht rückgängig machen
- zieht seine Konsequenzen daraus und wird mit den Mitarbeiter/innen des Kulturamtes daran arbeiten, dass dies nicht noch einmal passiert
- bittet die Ausschussmitglieder, sich die Übersicht in Ruhe anzusehen und gegebenenfalls im nächsten Ausschuss darüber zu diskutieren
(Die Abrechnung wird der Niederschrift als **Anlage 3** beigelegt.)

Frau Bunge:

- ergänzt zu den Ausführungen von Herrn Gatzlaff, dass der Träger des Sozialkaufhau-

ses „Speicher“ der Europäische Regionale Förderverein e. V. (RFV) ist und ein weiteres Sozialkaufhaus im „Heidewald“ in der ehemaligen Filiale von Komma 10 eröffnet hat

- berichtet weiter, dass dieser Verein es 5 Azubis ermöglicht hat, eine Ausbildung zu absolvieren und der Speicher eine Möglichkeit bietet, den Heidewald wieder zu beleben
- informiert weiterhin, dass die Gemeindepädagogin, Frau Hartmann am 04.09.2016 verabschiedet wurde, weil sie eine Ausbildung zum Pfarramt wahrnimmt
- hat beim Gemeindegemeinderat nachgefragt, wie es mit der Nachbesetzung dieser Stelle aussieht; es sind mehrere Bewerbungen eingegangen und voraussichtlich wird die Stelle zum 01. November 2016 neu besetzt
- weist in Bezug auf das Familienzentrum darauf hin, dass in dieser Einrichtung, wo gerade für ältere und behinderte Menschen Angebote gemacht werden, die Barrierefreiheit ein ganz wichtiger Aspekt ist
- ist überzeugt davon, dass ein Familienzentrum im BBV ein wichtiger Anlaufpunkt ist, wo generationenübergreifende Themen angeboten werden

Frau Lauff, Familienzentrum:

- erläutert die Aufgaben und Angebote des Familienzentrums, welches ein Mehrgenerationentreff ist, ein Ort der Familienbildung und der Kommunikation (das Script wurde vor der Sitzung an alle Ausschussmitglieder verteilt)
- teilt mit, dass Sie zum Problempunkt „Barrierefreiheit herstellen“ keine Aussageberechtigung des Trägers erhalten hat

Herr Wolff:

- regt an, darüber zu entscheiden, eine Beschlussvorlage im gegenseitigen Einvernehmen auf die nächste Tagesordnung zu setzen und meint, dass unsachliche Schuldzuweisungen jetzt nicht weiterhelfen, sondern sachlich diskutiert werden sollte, um eine Lösung herbeizuführen

Herr Hoeck verlässt die Sitzung um 19:45 Uhr (9 stimmberechtigte Ausschussmitglieder).

Herr Zinn:

- ist der Meinung, dass das Thema Familienzentrum unbedingt an die Öffentlichkeit gebracht werden und im Ausschuss diskutiert werden muss
- sagt, dass es gut gewesen wäre, wenn ein Vertreter des Trägervereins Ambulante Versorgung Hohenschönhausen e. V. hier anwesend wäre, der auch etwas dazu sagen kann

- gibt weiter bekannt, dass Frau Lauff zum Ende des Jahres ausscheidet, um in den Ruhestand zu treten
- bringt zum Ausdruck, dass das Familienzentrum ein wichtiger Anlaufpunkt im Brandenburgischen Viertel ist, der unbedingt erhalten bleiben sollte und bittet die Ausschussmitglieder ausdrücklich, darüber zu entscheiden, solange das Familienzentrum noch besteht

Herr Gatzlaff:

- bestätigt noch einmal, dass Fraktionen natürlich das Recht haben, Anfragen zu stellen und zu beantragen, dass diese zusätzlich auf die Tagesordnung genommen werden, aber durch einzelne Fraktionen immer wieder die Arbeit der Ausschüsse durcheinandergebracht wird
- dies ist auch für den ABJS am 08.09.2016 erfolgt
- sagt, dass das Thema Familienzentrum eine soziale Angelegenheit darstellt und deshalb in den Ausschuss für Kultur, Soziales und Integration gehört
- unterbreitet den Vorschlag, dass Frau Bunge sich mit dem Trägerverein noch einmal abstimmt, wie nun weiter verfahren werden kann, was die Barrierefreiheit betrifft und dass man mit einem Vertreter des Vereins hier im Ausschuss darüber beraten sollte
- gleichzeitig soll Frau Bunge mit anderen freien Trägern Kontakt zum Betrieb des Familienzentrum aufnehmen
- findet den Arbeitsstil unangemessen, gleich die Kündigung zu schreiben, sondern hätte erwartet, dass man auf die Stadtverwaltung zugeht, um gemeinsam eine Lösung anzustreben

Herr Neumann:

- merkt an, dass jede soziale Einrichtung wichtig ist und gibt zu bedenken, dass ein Wegfall dieser Einrichtung bedeuten würde, dass das gesamte Spektrum dann künftig auf freien Trägern, wie die Diakoniestation, Kita Arche Noah, F.-Bonhoeffer-Haus lasten würde
- meint, dass manche Leute die Angebote der kirchlichen Einrichtungen ablehnen, weil sie sich damit nicht engagieren können

Frau Schostan:

- bedauert, dass sich die Fronten auf beiden Seiten so verhärtet haben, da der Verein eine sehr gute Arbeit geleistet hat
- unterbreitet den Vorschlag, dass sich beide Seiten noch einmal zusammensetzen, um einen Vorschlag zu erarbeiten, der dann im Ausschuss behandelt wird

Herr Gatzlaff:

- informiert, dass am 03.05.2016 Frau Bunge und Frau Forster beim Verein waren und

über die Auflage Barrierefreiheit gesprochen haben

- sagt weiter, dass daraufhin der Bescheid erlassen wurde und wenn kein Widerspruch eingelegt wird, wird davon ausgegangen, dass man mit den Auflagen einverstanden ist
- bemerkt weiter, wenn man mit den Auflagen nicht einverstanden ist und aus diesem Grund die Kündigung ausspricht, wäre es gut gewesen, wenn man mit der Stadt darüber gesprochen hätte und diese nicht über Umwege von der Kündigung erfährt
- fasst zusammen, dass Frau Bunge auf den Träger zugeht und gemeinsam mit Vertretern des Vereins nach einer Lösung sucht

Herr Wrase:

- bemerkt dazu, dass er am 26.08.2016 beim Boxenstopp mit dem Thema Familienzentrum konfrontiert wurde und unterbreitet den Vorschlag, als Alternative für das Familienzentrum einen Umzug in die Schorfheidestraße 13 zu prüfen, weil die Räumlichkeiten barrierefrei sind
- stimmt zu, dass sich beide Seiten noch einmal treffen und eventuell im Ausschuss darüber diskutiert wird

Herr Wolff:

- schlägt vor, den Trägerverein für die nächste Ausschusssitzung einzuladen und eine gemeinsame Lösung anzustreben

Herr Zinn:

- merkt an, dass es nicht darum geht, ob der Berliner Träger Probleme mit der Barrierefreiheit hat oder ob wir einen neuen Träger finden müssen, sondern um die inhaltliche, personelle und organisatorische Ausrichtung
- sagt weiter, dass er bereits Kontakt geknüpft hat zu einem anderen Träger, jedoch ohne ins Detail zu gehen

Frau Schostan:

- bemerkt zu den Ausgaben des FinE, dass sie mit der Summe 20.000 € Überschreitung ein Problem hat und erwartet eine genauere Erklärung dazu

Herr Gatzlaff:

- gibt ihr Recht, dass dieser Fehler nicht zu entschuldigen ist und versichert, dass dieses Problem im Kulturamt ausgewertet wurde, jedoch auf Grund des fehlenden Personals die eigentliche Kontrolle nicht ordnungsgemäß durchgeführt worden ist
- weist darauf hin, dass eine seit April 2016 offene Stelle im Kulturamt unbedingt

schnell mit kompetentem Verwaltungspersonal besetzt werden muss, da der Kulturamtsleiter nicht alle Aufgaben selbst erfüllen kann

- sagt eindringlich, dass er von Herrn Dr. Neubacher erwartet, dass solche Fehler dann nicht mehr passieren dürfen und durch eine ordentliche Kontrolle der Aufgaben und Abrechnung von vornherein Fehler ausgeräumt werden
- ergänzt seine Ausführungen dahingehend, dass die Ausschussmitglieder mit der vorliegenden Tabelle die Möglichkeit haben, die Ausgaben zum FinE in den Jahren 2010 bis 2016 in Ruhe zu überprüfen und feststellen werden, dass es schwierig sein wird, einzuschätzen, wo noch gekürzt oder gespart werden kann

TOP 7.1

Information und Diskussion zur Tätigkeit des Arbeitslosenservices

Frau Mustafic, Leiterin des Arbeitslosenservices, stellt sich vor und informiert über die Tätigkeit des Arbeitslosenverbandes, dessen Träger der gemeinnützige Verband der Freien Wohlfahrts-pflege ist.

Herr Dr. Spangenberg:

- möchte wissen, was der Arbeitslosenservices mit der Insolvenzberatung zu tun hat

Frau Mustafic:

- sagt, dass die Insolvenzberatung hauptsächlich in Bernau erfolgt

Herr Gatzlaff:

- ergänzt dazu, dass auch Privatpersonen in Insolvenz gehen können und die Beratung dazu durch den Arbeitslosenverband durchgeführt wird

Herr Wolff:

- bittet Frau Mustafic, ihre Aufzeichnungen dem Ausschuss als Anlage zur Niederschrift zu überlassen (**Anlage 4**)

TOP 7.2

Information und Diskussion zur Situation im Museumsdepot

Herr Gatzlaff:

- informiert, dass über den Zustand des Depots bereits kurz im Frühjahr 2016 im AKSI informiert wurde

Frau Klitzke:

- erläutert an Hand einer Power-Point-Präsentation die gegenwärtige Situation im Museumsdepot und die Probleme, welche bei der Sicherung der im Depot vorhandenen Sammlungsstücke auftreten
- gibt bekannt, wie der genaue Zeitplan für den gesamten Umzug abläuft (Die PPP ist der Niederschrift als **Anlage 5** beigelegt.)

Herr Gatzlaff:

- fasst zusammen, dass der Umzug des Museumsdepots eine große Herausforderung darstellt und der Schwerpunkt der Museumsarbeit nunmehr auf diesem Umzug liegt (deshalb bis auf weiteres keine temporäre Ausstellung außer „500 Jahre Reformation“)
- sagt weiter, dass gegenwärtig geprüft wird, wo künftig das Museumsdepot untergebracht werden kann; Es gibt Vorstellungen, die Sammlungsobjekte im Kulturbahnhof zu lagern oder dafür Räumlichkeiten auf dem Rofin-Park bzw. in Ostend anzumieten
- bittet die Ausschussmitglieder, eigene Vorschläge zur Unterbringung des Depots zu unterbreiten; Die jetzigen Räumlichkeiten sind nicht geeignet, da sie bei den Sammlungsobjekten zu Schimmel-, Pilz- und Insektenbefall geführt haben.
- bringt zum Ausdruck, dass bis zum November ein Sammlungskonzept aller Museumsobjekte vorgelegt werden soll

Herr Neumann:

- ist erschüttert darüber, wie bisher mit den Kulturgütern umgegangen worden ist und bittet darum, die Anstrengungen zu beschleunigen, um eine ordentliche Lagerung zu gewährleisten

Herr Gatzlaff:

- versichert, dass möglichst schnell eine Lösung gefunden werden muss
- weist jedoch auf die unzureichenden personellen, finanziellen und materiellen Ressourcen hin (bei der bisherigen schlechten Haushaltslage in den vergangenen Jahren hatten KITAS den Vorrang)

Herr Prof. Creutziger:

- möchte wissen, wie die 10.000 Sammlungsobjekte katalogisiert sind und wie es in

Zukunft aussehen soll, Bsp. Moderne Datenbank

Frau Klitzke:

- beantwortet die Frage dahingehend, dass z. Z. ca. 25.000 Exponate zum Bestand gehören
- auf Grund dessen, dass in den letzten Jahren nicht mehr inventarisiert worden ist, soll nunmehr eine Schnellinventarisierung erfolgen

Herr Dr. Spangenberg:

- fragt nach, wie mit den schriftlichen Sammlungszeugnissen künftig umgegangen wird, ob diese Zeugnisse an das Kreisarchiv abgegeben werden, insbesondere in Bezug auf Familienforschung

Frau Klitzke:

- bestätigt, dass alles, was zur Darstellung der Stadtgeschichte benötigt wird, auch im städtischen Museum bleibt
- sagt weiter, dass z. B. die Tageszeitung und anderen Zeitungen/Zeitschriften, die bisher im Museum gelagert wurden, an das Kreisarchiv abgegeben werden können

Herr Ortel:

- fragt nach, was mit den Objekten geschehen soll, die nicht zum Sammlungsbestand gehören und ob diese verkauft werden

Frau Klitzke:

- sagt dazu, dass alles, was kein Sammlungsgut ist, an die Eigentümer zurückgeht und dass keine Sammlungsobjekte verkauft werden

TOP 7.3

Information zur Umsetzung des Ausstellungsprojektes "Mythos Europa"

Herr Gatzlaff:

- weist auf die Anfrage der Bürgerfraktion Eberswalde zum Mythos Europa hin, die im

Ausschuss als Tischvorlage verteilt wurde

- sagt dazu, dass bereits im AKSI am 03.11. 2015 auf die Vorhaben zur bildenden Kunst hingewiesen worden ist (Anhang zum Protokoll, Präsentation zum Haushalt 2016 des Kulturamtes) und auch in den darauffolgenden Gremien immer wieder das Thema bildende Kunst diskutiert worden ist; Weiterhin wollten die Fraktionen Vorschläge zur Förderung der bildenden Kunst machen
- stellt fest, dass bisher keine Vorschläge zur bildenden Kunst unterbreitet wurden
- sagt weiter, dass im AKSI am 02.02.2016 Künstler/Innen vorgestellt wurden (dieses Thema wurde nachweislich in den Niederschriften vom 01.03.2016 Seite 4, vom 03.05.2016 Seite 4 und vom 07.06.2016 Seite 6 und Anlage 2 behandelt)
- gibt bekannt, dass die Stadt 18.000 € für die Ausstellung zur Verfügung stellte und im Vergleich dazu für vorübergehende Ausstellungen im Museum ca. 15.000 € benötigt wurden
- informiert weiter, dass das Land Brandenburg 10.000 € Fördermittel für die Ausstellung bereitgestellt und die Landtagspräsidenten die Schirmherrschaft dafür übernommen hat, weil auch sie von dem Projekt überzeugt ist
- betont ausdrücklich, dass die Projektleiter und die Künstlerin dafür kein Geld bekommen
- erläutert den Zusammenhang zwischen dem Thema „Mythos Europa“ und dem aktuellen Thema der Flüchtlingsproblematik
- weist auf die Einladung zum Bürgerdialog am 04. Oktober in Eberswalde hin, die ebenfalls auf den Tischen liegt zum Thema „Flüchtlinge und Fluchtursachen: Was unternimmt die EU und was haben wir damit zu tun?“
- bemerkt dazu, da diese Veranstaltung am 04.10.2016 stattfindet, zu überlegen sei, ob der nächste Ausschuss für Kultur, Soziales und Integration verschoben werden soll oder ganz ausfallen (darüber sollte später noch diskutiert werden)
- das Thema Europa und Flüchtlinge wird künstlerisch in der Ausstellung ausgearbeitet und hat inzwischen ein großes Echo gefunden, so dass hochrangige Persönlichkeiten zum Bürgerdialog nach Eberswalde kommen werden
- informiert weiter, dass der Fernsehsender 3sat in einem 45 sec. laufenden Trailer in der Sendung „Kulturzeit“ über das Projekt „Mythos Europa“ berichtet und in Deutschland, Österreich und der Schweiz ausgestrahlt wird; Somit wird Eberswalde mit diesem Projekt auch über die Ländergrenzen hinaus bekannt werden
- gibt bekannt, dass es auch Kuratorinnenführungen geben wird, die dem Betrachter der Bilder ein besseres Verständnis ermöglichen sollen (Termine zu den Führungen sowie eine Liste der Kooperationspartner liegen der Niederschrift als **Anlage 6** bei.)
- hebt insbesondere die Filmabende der Provinziale bei „Mythos Europa“ hervor

Herr Wolff:

- stellt fest, dass die Tagesordnungspunkte der heutigen Sitzung ein wenig miteinander verschmolzen sind und möchte wissen, ob noch Nachfragen sind

Herr Prof. Creutziger:

- äußert sich lobend zu den Worten und dem Vorausdenken von Herrn Gatzlaff und ist überzeugt von der Durchführung der Ausstellung

Herr Wolff:

- weist darauf hin, dass der Bürgerdialog zum Thema Flüchtlinge am 04. Oktober stattfindet und die nächste Ausschusssitzung ebenfalls planmäßig am 04. Oktober sein soll, hält den Bürgerdialog für sehr wichtig
- unterbreitet mehrere Möglichkeiten für die Durchführung der nächsten Sitzung:
 - . den Ausschuss auf den 05. Okt. zu verschieben
 - . den Ausschuss am 04. Okt. im Anschluss an den Bürgerdialog, also ca. 20:00 Uhr durchzuführen oder
 - . ganz ausfallen zu lassen

Herr Dr. Spangenberg:

- spricht sich im Namen der Fraktion gegen den Ausfall aus und möchte lieber verschieben

Herr Stegemann:

- kann auf Grund seiner Berufstätigkeit zeitlich keine Einordnung für beide Veranstaltungen finden und würde der Veranstaltung „Bürgerdialog“ den Vorrang geben
- plädiert aber für die nächste Ausschusssitzung auf eine straffere Tagesordnung

Frau Schostan:

- äußert sich dahingehend, dass gemeinsam mit der Verwaltung abgeschätzt werden sollte, ob es ganz dringende Themen für den Ausschuss gibt und wäre ansonsten dafür, den Ausschuss am 04. Okt. ausfallen zu lassen

Herr Gatzlaff:

- bemerkt dazu, dass mit dem jetzigen Stand kein eiliges Thema für den Ausschuss im Oktober vorliegt
- schlägt vor, nur wenn ein dringliches Thema vorliegen sollte, den Ausschuss entweder im Anschluss an den Bürgerdialog oder auf den 05. Okt. zu verschieben

Herr Wrase:

- gibt bekannt, dass seine Fraktion ebenfalls entschieden hat – wenn kein eiliges Thema vorliegt – den Ausschuss auf November zu vertragen, da im November bereits zwei Termine für den Ausschuss geplant sind

Herr Wolff:

- schlägt vor, sich dazu mit der Verwaltung zu verständigen und die Ausschussmitglieder rechtzeitig darüber zu informieren
- bemerkt, dass das Interesse der Ausschussmitglieder an der Veranstaltung „Bürgerdialog“ sehr stark ist

TOP 7.4

Information zur "Empfehlung zur Evaluierung der Kulturkonzeption für Eberswalde 2009" vom Kulturbeirat

Herr Ravené:

- informiert über die Vorstellungen des Kulturbeirates zur Evaluierung der Kulturkonzeption für Eberswalde 2009 (Diese Empfehlung des Kulturbeirates der Stadt wird als **Anlage 7** der Niederschrift beigelegt.)

TOP 8

Informationsvorlagen

Es liegen keine Informationsvorlagen vor.

TOP 9

Anfragen, Anregungen u. Informationen von Fraktionen, Stadtverordneten

**u.sachk.Einwohnern sowie im Rahmen ihrer Zuständigkeit v.Ortsvorstehern/innen,
d.Vorsitzenden d.Beiräte gem.Hauptsatzung, dem/der Vorsitzenden d.KJP
u.d.Beauftragten gem.Hauptsatzung**

Herr Ortel:

- äußert sich lobend zu den Gartenkonzerten, insbesondere das Konzert in Finow am Schwanenteich und sichert im Namen des Stadtteilvereins zu, dass weiterhin solche Konzerte unterstützt werden
- leitet die Frage weiter, warum es in Finow keine Stadtführungen gibt und bittet darum, dies als Anregung mit aufzunehmen

Herr Gatzlaff:

- bedankt sich für den Hinweis und richtet die Anfrage an Herrn Dr. Neubacher zur Prüfung weiter
- meint, dass sich ja vielleicht auch ein Finower Bürger dafür findet

Herr Wrase:

- merkt an, dass zumindest durch den Ortsteil Messingwerk Führungen durch Herrn Laffin durchgeführt werden und diese eventuell noch erweitert werden können

TOP 9.1

Anfrage Ausstellung "Mythos Europa"

AF/0047/2016

Herr Wolff:

- informiert darüber, dass die Beantwortung der Anfrage bereits unter dem TOP 7.3. gegeben wurde

TOP 10

Diskussion zum "Maßnahmenpapier zur Teilhabe von Flüchtlingen ...", einschließlich

der Anfrage AF/0038/2016 von der Fraktion Alternatives Wählerbündnis Eberswalde und der Anfrage der SPD-Fraktion

Herr Gatzlaff:

- erinnert daran, dass entsprechend des StVV-Beschlusses das Maßnahmenpapier im März 2016 zur Kenntnisnahme vorgelegt wurde, die 1. Lesung im AKSI erfolgte dann im Monat Mai
- die Stadtverordneten hatten während der Sommerpause Zeit, sich Gedanken darüber zu machen und in den Fraktionen Meinungen zu bilden
- merkt an, dass ihn keine Meinungsbildung dazu erreicht hat
- zur Frage der SPD-Fraktion „Wieviel Wohnraum in dem durch die KdU-Richtlinie (Kosten der Unterkunft) bestimmten Preissegment steht in Eberswalde zur Verfügung?“ sagt Herr Gatzlaff, dass die Beantwortung nicht ganz einfach ist, gibt aber zusammenfassend folgende Information:
 - o die WHG sagt, dass sie solche Wohnungen hat, diese aber unsaniert sind
 - o CHORONA hat solche Wohnungen nicht im Angebot
 - o die AWO meint, dass man mit 4,50 €/qm keine Wirtschaftlichkeit erreicht und deshalb nur im Ausnahmefall für diesen Betrag Wohnungen zur Verfügung gestellt werden können
 - o die TAG AG hat keine 4,50 €/qm Wohnungen, sondern mindestens 4,75 €/qm
 - o die WBG hat keine kleinen Wohnungen, nur 3 – 4-Raum-WE und verfügt über ca. 100 Wohnungen zu 4,50 €/qm
- informiert, dass es vor allem um die Unterbringung von allein reisenden Personen geht, die Anspruch auf bis zu 50 qm haben bzw. 2 Personen bis 60 qm, demnach stehen also solche Wohnungen nur bei der WHG zur Verfügung, die aber unsaniert sind

Herr Prof. Creutziger:

- möchte wissen, ob es Aktivitäten gibt zur Bereitstellung bzw. Aufarbeitung von Fahrrädern für Flüchtlinge evtl. aus Fundbeständen

Herr Gatzlaff:

- antwortet darauf, dass es eine kleine Werkstatt beim Amt für Beschäftigungsförderung (Amt 18) gibt, die von sogenannten MAE oder 1 €-Jobbern geführt wird, aber es ist nur ein kleines Projekt; Dies ist immer davon abhängig, wieviel geeignete Maßnahmeteilnehmer dafür da sind.

Herr Dr. Spangenberg:

- möchte zur Beantwortung des Antrages des Wählerbündnis eine Erläuterung auf Seite 2 zum Begriff „Mindestbetreuungszeit“ - was sich dahinter verbirgt

- bemerkt weiter, dass im drittuntersten Absatz etwas im Wortlaut des Landkreises durcheinander gekommen ist „Kooperationen sinkt...“ – was ist damit gemeint

Herr Gatzlaff:

- erklärt dazu, dass die Beantwortung nachgereicht wird

Frau Röder:

- fragt an, ob der Zeitablauf so eingehalten wird, dass das Maßnahmenpapier im November beschlossen werden kann, da ja noch die Abstimmungen in den Fraktionen erfolgen müssen

Herr Gatzlaff:

- bezieht sich auf die Stellungnahme des Landkreises, die gegenwärtig keinen größeren Handlungsbedarf in dem Maßnahmenpapier sehen, da lt. Auskunft des Landkreises, die beiden Flüchtlingsunterkünfte in der Eisenbahnstraße und der Carl-von-Ossietzky-Straße fast leer sind
- schlägt vor, das Maßnahmenpapier zu dem Zeitpunkt zu beschließen, wenn es einen größeren Bedarf gibt, würden aber einen Ansatz im Haushaltsplan 2017/2018 über 40.000 € so stehen lassen, um handlungsfähig zu bleiben und wenn es größere Probleme gibt, meldet sich die Verwaltung

Herr Wolff:

- bemerkt, dass aus seiner Fraktion ursprünglich der Beschluss eines Integrationskonzeptes angeregt wurde, welches jedoch auf Grund des Maßnahmenpapiers nach hinten verschoben worden ist und nunmehr eventuell wieder aufgegriffen werden könnte

Frau Bunge:

- sagt dazu, dass es bereits ein beschlossenes Integrationskonzept in der Stadt gibt
- gibt aber zu bedenken, dass es ca. 1.000 Flüchtlinge in der Stadt gibt und auf Grund dessen eine Überarbeitung des Integrationskonzeptes im nächsten Jahr erforderlich wäre, wobei das Maßnahmenpapier darin vielleicht integriert werden könnte

TOP 11

Beschlussvorlagen (Beratung und Beschlussfassung)

TOP 11.1

Förderung des Tafelladens / Suppenküche "Herbstprogramm"

BV/0348/2016

Herr Hartwin Schulz:

- informiert, dass die Suppenküche seit 15 Jahren im sozialen Bereich arbeitet
- sagt, dass die Suppenküche im Frühjahr dieses Jahres vor großen Problemen stand, wie z. B. fehlende Lebensmittel oder Sprachbarrieren der Flüchtlinge
- erklärt, dass er froh ist, dass durch dieses Maßnahmenpapier auch die Situation in der Suppenküche gefestigt wird
- weist auf einen Artikel in der MOZ hin, wo es um die Überforderung der Suppenküche ging und erhofft sich durch den Antrag auf Förderung der Suppenküche eine Festigung und Veränderung der personellen und konzeptionellen Situation in der Suppenküche
- gibt bekannt, dass derzeit pro Woche ca. 200 Menschen die Suppenküche aufsuchen, davon sind ca. 100 Flüchtlinge

Herr Neumann:

- sagt, dass seine Fraktion auf jeden Fall den Antrag unterstützen wird, da ihm die Situation in der Suppenküche bekannt ist
- weiß auch, dass unbedingt Computertechnik für Bestellungen usw. benötigt wird

Herr Dr. Spangenberg:

- merkt an, dass auch seine Fraktion den Antrag unterstützen wird

Herr Wolff:

- spricht für seine Fraktion, die ebenfalls den Antrag unterstützen wird, da im letzten Jahr extra dafür ein Haushaltspunkt geschaffen wurde
- bedankt sich bei allen für das Engagement und bittet um die Abstimmung zur Einvernehmensherstellung zur BV/0348/2016 - Förderung des Tafelladens/Suppenküche „Herbstprogramm“

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Herr Wolff beendet den öffentlichen Teil um 20:15 Uhr.

Jürgen Wolff
Vorsitzender des
Ausschusses für Kultur,
Soziales und Integration

Schriftführerin

Sitzungsteilnehmer/innen:

- **Vorsitzender**
Jürgen Wolff
- **Stellvertreter der Vorsitzenden**
Martin Hoeck anwesend bis 19:45 Uhr
- **Ausschussmitglied**
Prof. Johannes Creutziger
Dr. Ulrike Hoffmann
Dietmar Ortel
Hans Pieper
Monique Schostan
Dr. Günther Spangenberg
Thomas Stegemann
Ringo Wrase
- **sachkundige Einwohner/innen**
Karlheinz Barth
Mike Buschbeck
Ronny Fölsner
Eckhard Hampel
Lars Heinrich
Dipl.-Med. Annelie Marquart
Frank Neumann
Angelika Röder
Horst Weingart
- **Dezernent/in**
Bellay Gatzlaff
- **Beiräte gemäß Hauptsatzung**
Heiner Roedel
- **Beauftragte gemäß Hauptsatzung**
Barbara Bunge
- **Verwaltungsmitarbeiter/innen**
Dr. Stefan Neubacher